



US Präsidentschaftswahl – Wie geht es weiter?

Eine Analyse von John James für b.com vom 16.11.2020

Zwei Wochen sind seit der US Präsidentschaftswahl vergangen und immer noch herrscht, rechtlich gesehen, eine Pattsituation zwischen Donald Trump und Joe Biden. Beide reklamieren den Sieg. Biden tut dies mit Rückendeckung der Medien, was keine rechtliche Relevanz hat, und mit der Zustimmung der Regierungen der entscheidenden Swing States, was realpolitisch von großer Bedeutung ist.

Trump erkennt die gemeldeten Ergebnisse nicht an und hat bei diversen Gerichten Einspruch eingelegt. In 3 Wochen, Anfang Dezember, sollen die Wahlmänner in den einzelnen Bundesstaaten bestätigt werden. Nach dieser Bestätigung ist das Wahlergebnis so gut wie einzementiert. Sollten die Wahlergebnisse um den 08. Dezember in dieser Form bestätigt werden, wird es für Trump fast unmöglich sein, nachher eine Abstimmung im Electoral College zu gewinnen.

Wenn Trump das Ergebnis noch umdrehen will, muss in den nächsten zwei Wochen, bis Ende November, etwas Gravierendes und Richtungsentscheidendes geschehen.

Bevor ich die verschiedenen Optionen untersuche, die Trump nützen könnte, um dieses Ergebnis zu revidieren, möchte ich einen kurzen Blick auf den Ist-Zustand werfen.

Das Wahlergebnis 2020 im historischen Vergleich

Wahljahr	Kandidat	Stimmen
2016	Trump	63 Mio
2016	Clinton	65,8 Mio
https://en.m.wikipedia.org/wiki/United_States_presidential_election		
2020	Trump	73 Mio
2020	Biden	78,7
2012	Obama	65,9 Mio
2008	Obama	69,5 Mio

https://en.m.wikipedia.org/wiki/2020_United_States_presidential_election

Einige Bemerkungen dazu:

- Trump bekam 2020 10 Mio Stimmen mehr als 2016.
- Clinton und Obama bekamen 2012 und 2016 ungefähr gleich viele Stimmen: 65,8 Mio.



- Die 69,5 Mio Stimmen, die Barack Obama erhielt, sind die höchste Anzahl an Stimmen, die ein Präsidentschaftskandidat je erhalten hat, bis auf zwei Ausnahmen: Donald Trump 2020 und Joe Biden 2020.
- Joe Biden erhielt 13 Mio Stimmen mehr als HC und BO 2012 und 2016.
- Joe Biden erhielt 8 Mio mehr als BO 2008.
- Joe Biden ist somit, nach derzeitigem Stand, der populärste US Politiker aller Zeiten, weit populärer als Barack Obama in seinen Glanzzeiten.

Ein historische Leistung – Joe Biden ist der populärste US Poliker aller Zeiten

Diese Leistung ist nicht nur historisch, sie ist unglaublich.

Alle Kommentatoren, links und rechts, sind sich einig, dass Donald Trump die höchste Zustimmung eines republikanischen Präsidentschaftskandidaten bei den ethnischen Minderheiten seit den 50er Jahren.

(Kurzer historischer Exkurs: die Republican Party war die Partei von Lincoln, die Partei der Union und die Partei der Emanzipation. Die Democratic Party war die Partei des besiegten Südens, die bis in die 1950er die Tradition der Rassentrennung und der Sezession vertritt und dem Ku Klux Klan nahe stand. In den 60er Jahren erfolgte nach der Ermordung von JFK eine erstaunliche Rochade.

Die Democratic Party warf ihre frühere Ideologie zunehmend über Bord und brachte die Civil Rights Legislation durch. Dies erzürnte die Anhänger des Old South. Als Reaktion darauf entwickelte Richard Nixon die unselige Southern Strategy, die die Republican Party für diese frustrierten Wähler attraktiv machte. Das brachte den Republikanern in den Süden zwar die Herrschaft, festigte aber im öffentlichen Bewusstsein die Idee, dass die Democrats die Interessen der Unterprivilegierten vertritt und die Republicans die Interessen der privilegierten Elite. Trump bezieht sich immer wieder explizit auf Lincoln. Er versucht, Nixons katastrophale Fehlentscheidung zu korrigieren und für Minderheiten attraktiv zu machen. Diese Strategie ist große Gefahr für die Democratic Party und einer der Gründe für ihre erbitterte Feindschaft ihm gegenüber.)

Noch erstaunlicher ist die Behauptung, dass Biden wesentlich mehr Stimmen als Obama und Clinton erhielt, obwohl er nachweislich in allen Metropolen, bis auf vier, eine schlechtere Performance als diese beiden Politiker erbrachte.

<https://townhall.com/tipsheet/mattvespa/2020/11/14/democracy-institute-pollster-yes-i-think-this-election-was-stolen-n2579970>

Trump won the largest non-white vote share for a Republican presidential candidate in 60 years. Biden underperformed Hillary Clinton in every major metro area around the country, save for Milwaukee, Detroit, Atlanta and Philadelphia."

Diese vier Großstädte, wo Biden ausnahmsweise mehr Zustimmung als Clinton bekam, sind zufälligerweise die größten Städte in den wichtigsten Swing States Wisconsin, Michigan, Georgia und Pennsylvania.

Ist die extrem hohe Anzahl an Stimmen, die Biden zugeschrieben wird, wirklich eine wahre Abbildung der Realität? Wenn ja, dann wird alles, was anschließend in diesem Artikel beschrieben wird, ins Leere laufen.



Wenn nicht, dann hat Trump vier Möglichkeiten, in den nächsten 14 Tagen Wahlbetrug nachzuweisen und das Ergebnis zu revidieren.

Diese sind:

1. Über die Gerichte
2. Über Recounts
3. Über die Legislativen der einzelnen Bundesstaaten
4. Durch den Nachweis von elektronischem Wahlbetrug.

1. Anfechtung des Wahlergebnisses durch Gerichtsurteile

Es ist durchaus vorstellbar, dass das Ergebnis in einzelnen Bundesstaaten für ungültig erklärt wird. Man kann zum Beispiel leicht argumentieren, dass die Auszählung im Bundesstaat Pennsylvania auf einer verfassungswidrigen Art und Weise erfolgte. Das Gesetz schreibt explizit vor, dass Stimmen, die nach 20h am Wahltag abgegeben werden, nicht mitzuzählen sind. Die Regierung in Pennsylvania hat die staatliche Wahlbehörde angewiesen, dieses Gesetz zu mißachten. Ein oder mehrere Siege formeller, gerichtlicher Natur zugunsten Trumps sind in PA und in anderen Staaten in diesen und ähnlichen Fällen durchaus vorstellbar. Das Problem ist, dass die Legitimität der Wahl dadurch nicht wiederhergestellt wird. Egal wie die Gerichte entscheiden, die Hälfte der Wähler werden das Ergebnis abtun als ein Ergebnis, das nur durch Trickserei zustande kommen konnte. Eine Wahlentscheidung durch die Gerichte wird höchstwahrscheinlich die Spaltung des Landes weiter vorantreiben.

2. Recounts

Auf dem ersten Blick erscheinen Recounts eine bessere Alternative, um an die Wahrheit zu kommen. Bei der ersten Auszählung werden in den USA die Wahlzettel möglichst schnell von Maschinen gezählt. (Es sei denn, die Stadtregierung ordnet an, dass die Auszählung gestoppt werden muss.)

Bei einem Full Hand Recount muss hingegen jeder Stimmzettel unter der Aufsicht von Vertretern beider Parteien auf seine Gültigkeit überprüft werden.

Das Problem ist, dass der unterlegene Kandidat nur unter bestimmten Bedingungen das Recht auf ein Recount hat. In Arizona zum Beispiel darf er nicht mehr als 500 Stimmen hinter dem Gewinner liegen, bei einer Wahlbeteiligung von 5 Mio ist das eine Differenz von 0.01%

Auch in Pennsylvania ist die momentane Differenz angeblich auch zu groß, um einen Recount zu erzwingen. Wo diese Differenz zu groß ist, liegt es im Ermessen der Regierungspartei zu entscheiden, ob und wie ein Recount stattfindet.

In Georgia, der einzige Staat, in dem die knappe Differenz eine Neuauszählung unumgänglich gemacht hat, streiten die Parteien schon über die vom Innenminister angeordneten Rahmenbedingungen dieser Neuauszählung. Darüber hinaus werden Vorwürfe an wesentlichen Mitglieder der Georgia Regierung laut, wonach diese in einer finanziellen Beziehung zu Dominion Voting stehen, die private Firma, die die Wahl für Georgia durchführte.



Georgia has since purchased BMDs from [Dominion](#), whose [lobbyist](#), Jared Thomas, was Governor Brian Kemp's [chief of staff and press secretary](#) from 2012 to 2015 when Kemp was secretary of state. Dominion's partner in the state is [KNOWiNK](#), a supplier of electronic poll books, which are used to sign in voters and confirm voter registrations. KNOWiNK's [founder and CEO](#), Scott Leindecker, is a former [Republican election official](#) whose wife [donated \\$2,500](#) to the campaign of Georgia's current secretary of state, Brad Raffensperger, in November 2018."

<https://nationalfile.com/georgia-ex-kemp-staffer-lobbies-for-dominion-voting-madness-leads-to-lame-recount/>

Es schaut also auch nicht so aus, als ob Recounts notwendigerweise zu Ergebnissen kommen, die beide Seiten anerkennen müssen.

Es stellt sich die Frage, warum in den amerikanischen Wahlordnungen, anscheinend flächendeckend, keine Prozedere vorgesehen sind, die die Interessen der Verlierer schützen. Wollen es beiden Parteien in ihren geographisch getrennten Revieren vielleicht so haben?

3. Die Parlamente der Bundesstaaten ordnen unabhängige Überprüfungen aller Stimmzettel an.

Laut US Verfassung sind die Parlamente der Bundesstaaten für ihre Wahlordnungen verantwortlich. Der Innenminister (Secretary of State) zertifiziert die Ergebnisse und der siegreiche Kandidat nominiert die Wahlmänner, aber die Parlamente müssen beide Entscheidungen absegnen. Ein Parlament kann die Wahlmänner des Siegers ablehnen, wenn es die Wahl für kompromittiert hält und sie durch andere Wahlmänner ersetzen.

Ein Parlament kann auch verfügen, dass die Stimmzettel von einer unabhängigen Instanz überprüft werden müssen, bevor es seine Zustimmung zu den Wahlmännern gibt.

Angeblich wollen die Parlamente in Wisconsin, Michigan und Pennsylvania, die eine republican Mehrheit haben, diesen Weg gehen.

Ein solcher Audit wäre demokratisch legitimiert und müsste von beiden Seiten akzeptiert werden. Dies wäre ein Weg, die Legitimität der Wahl in den Augen der meisten Amerikaner zu dokumentieren.

Ein Argument, das gegen die Erfolgsaussichten dieser Strategie aus Sicht Donald Trumps spricht, ist die Aussage von Sicherheitsexperte Russ Ramsland in dem folgenden Video (ab min 01:20) vom 28.10.2020.

<https://youtu.be/Bep1PA-FcJU>

"What most Americans don't understand is that voting is done by private companies. The elections are conducted by private companies under contract from the county.

We went in and started looking at these private companies and their software and their security and we realized first off there are no security standards. There are no national standards that any voting company needs to meet as far as the security on their software.



As a result of that we then begin to look and we realized how easy it is to change votes. The software is so bad, you can easily change the audit trail so that later you cannot even forensically go back and find out the votes that were changed.

We said, well what happens to your vote after whatever the voting company locally does to it, what happens to it?

Well it turns out in the case of Texas and 28 other states that it all goes to a server in Frankfurt, Germany, which is owned by a Barcelona, Spain multinational (company) and that's who actually controls and reports your vote."

(Ramsland spricht vermutlich über die spanische Firma **Scytl**
<https://en.wikipedia.org/wiki/Scytl>)

4. Aufdeckung von digitalem Wahlbetrug

Die letzte Möglichkeit, die der Trump Regierung offensteht, ist die Aufdeckung von elektronischem oder digitalem Wahlbetrug.

Vieles spricht dafür, dass Wahlfälschung nur mittels Zugriff auf die Computer, die für das Errechnen der Wahlergebnisse verantwortlich waren, möglich gewesen wäre.

Am Dienstag Abend, als die Pennsylvania Wahlbehörde den Befehl gab, die Auszählung zu unterbrechen, hatte Trump einen Vorsprung von 800 000 Stimmen vor Biden. Am nächsten Tag in der Früh war dieser Vorsprung weg.

Es scheint unwahrscheinlich, dass die Democratic Party in Philadelphia und Pittsburgh innerhalb von ein paar Stunden etliche 100 000 Wahlzettel mit der Hand würden fälschen können. Biden hat momentan 2020 im ganzen Land insgesamt 7 Mio. Stimmen mehr erhalten als Hillary Clinton 2016. Wenn diese Differenz durch Wahlbetrug entstanden ist, kann es wohl nur durch Eingriffe in die Wahlcomputer erfolgt sein.

Immer stärker lenken Vertreter der Trump Kampagne die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt der Wahl und insbesondere auf die Firma **Dominion Voting Systems**.

https://en.m.wikipedia.org/wiki/Dominion_Voting_Systems

Über Dominion könnte man viel schreiben. Wichtig sind vor allem die folgenden Aspekte.

- Dominion ist eine ausländische Firma, mit Firmensitz in Toronto, Kanada.
- Dominion ist der Rechtsnachfolger von Diebold Election Systems. Gegen Diebold wurde der Vorwurf erhoben, die Firma hätte die Wahl 2000 zugunsten von GW Bush manipuliert. Diese Vorwürfe wurden allerdings nie bewiesen.
- Dominion besitzt eine US Tochter namens Smartmatic.

(N.B. Die oben erwähnte Firma Scytl ist nicht ein Teil von Dominion Voting Systems: Dominion wollte die Wahl in Texas managen, erhielt den Zuschlag aber nicht. Dominion war aber für das Wahlmanagement in Teilen der entscheidenden Swing States AZ, NV, GA, PA, MI, WI verantwortlich).



Die Vorwürfe von Sidney Powell

Eines der wichtigsten (und seriösesten) von Trumps Anwälten ist Sidney Powell, die auch die Interessen von Gen. Michael Flynn, Trumps ehemaligem Sicherheitsberater, vertritt. Am Sonntag Vormittag zur besten Sendezeit gab sie Maria Bartiromo von Fox Business News ein bemerkenswertes Interview.

<https://www.youtube.com/watch?v=4Ov26QVj5dk>

In diesem erklärte sie

- Erstens, dass die US Regierung seit langem von den Sicherheitsmängeln der US Wahlcomputer, und vor allem von jenen der Firma Dominion, weiß. Sie warf der US Regierung vor, im Vorfeld der Wahl nichts unternommen zu haben, um Wahlbetrug zu verhindern.
- Zweitens implizierte sie, dass die CIA damit etwas zu tun habe und verlangte die Kündigung von CIA Direktorin Gina Haspel.
- Drittens, sie behauptete explizit, dass Gouverneure und andere Politiker Geld von Dominion und ähnlichen Firmen erhalten haben, als Gegenleistung dafür, dass diese Firmen den Zuschlag für die Abwicklung von US Wahlen bekamen. Sie wollte keine Namen im Fernsehen nennen.

Wenn Sidney Powell's Aussagen stimmen, dann müsste es relativ bald zur einer Aufdeckung großen Stils kommen. Eine solche Bloßstellung würde die Glaubwürdigkeit des Establishments, nicht nur in Washington, sondern auch in einigen Bundesstaaten, gründlich zerstören.

Spricht irgendetwas dafür? Möglicherweise.

1. Wenn Trump vorher gewusst hat, dass die Democrats Wahlbetrug im großen Stil geplant haben, ist es glaubhaft, dass er nichts dagegen unternehmen würde?
2. Damit ein Wahlsieg von Trump legitimiert wird, reicht es nicht aus, dass er nur den Electoral College gewinnt. Er muss auch mehr absolute Stimmen als Biden bekommen. Das hat nicht nur mit seiner Eitelkeit zu tun. Seit vier Jahren kritisieren die Democrats, dass Clinton 2016 mehr Stimmen erhielt, aber die Wahl verlor. Die logische Konsequenz daraus ist eine Verfassungsänderung und diese wird immer stärker von den Democrats gefordert.

Wenn Trump das Verfassungssystem der USA retten und stabilisieren will, muss er zeigen, dass er auch die popular vote gewonnen hat – er muss mehr Stimmen erhalten haben als Biden.

Das würde bedeuten, dass Millionen von Stimmen Biden zu Unrecht zugesprochen wurden. Eine Überprüfung muss Biden Millionen von Stimmen in vielen Bundesstaaten aberkennen. Eine Revision in diesem Ausmaß ist nur denkbar, wenn es digitalen Betrug gegeben hat. Eine Revision in diesem Ausmaß ist nur möglich, wenn Trump dafür gesorgt hat, dass digitalen Betrug dokumentiert und bewiesen werden kann.

3. Trump hat 2018 folgende Executive Order ausgeben:



<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/executive-order-imposing-certain-sanctions-event-foreign-interference-united-states-election/>

Entsprechend diesem Befehl muss die Abteilung für Heimatschutz die Wahl beobachten und dem Präsidenten nach der Wahl einen Bericht vorlegen. In diesem Bericht wird festgehalten, ob es eine Einmischung aus dem Ausland in die US Wahl gegeben hat. Dominion ist eine ausländische Firma.

Ein Bericht von der Abteilung für Heimatschutz, von einer Instanz, die die Democrats nicht glaubhaft kritisieren können, wäre eine für Trump geeignete Möglichkeit, Beweise für Wahlbetrug zu dokumentieren und die Legitimität von seinem Wahlsieg in den Augen der Öffentlichkeit zu beweisen.

Wahlbetrug in diesem Ausmaß, egal von wem, wäre eine Bedrohung der Nationalen Sicherheit. Das Amtseid des US Präsidenten verpflichtet ihn, die Verfassung gegen alle Feinde, externe wie auch interne, zu verteidigen. Ein Angriff auf die US Demokratie würde bei 99% aller Amerikaner auf glatte Ablehnung stoßen. Trump wäre rechtlich gezwungen, als amtierender Präsident gegen diese Kräfte vorzugehen und könnte dies mit populärer wie auch verfassungsrechtlicher Rückendeckung tun.

Sollte das Trumps Strategie ist, dann ist sie eine riskante Strategie: zuerst einen vermeintlichen Sieg Bidens zulassen, um ihm dann den Teppich unter den Füßen wegzuziehen. Aber sollte dieser Wahlstreit tatsächlich so gelöst werden, würde sich daraus eine goldene Chance für Trump ergeben, den sogenannten „Deep State“ und den Washingtoner „Sumpf“ gründlich trocken zu legen. In diesem Zusammenhang bekommt auch Sidney Powells plötzliche und scheinbar unmotivierte Erwähnung der CIA eine Bedeutung.

Fazit.

Momentan beginnt der Pendel zurück zu Trump zu schwingen. Die erste Euphorie der Democrats ist etwas abgeebbt und Trump hatte gestern einen großen Erfolg mit dem Marsch „Stop the Steal“ in Washington, an dem 100 000e von Menschen teilnahmen. Seine Anwältin Powell hat anschließend in Fox News ihren Mund sehr weit aufgerissen.

Wenn Trump diese Geschichte umdrehen will, dann muss er in den nächsten 14 Tagen eine große Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung herbeiführen.

Meine Meinung nach wird das nur möglich sein, wenn es digitalen Betrug im großen Stil gegeben hat und er diesen Betrug auch glaubhaft darstellen kann.

Ansonsten wird entweder der Sieg Bidens von den Parlamenten der Bundesstaaten Anfang Dezember ratifiziert, oder das Land wird beginnen, auseinanderzufallen. Trump wird weder das eine noch das anderer wollen.